

Niederschrift über die Sitzung
am 21.12.2005

Tagungsort: Altes Rathaus, 1. Etage, Nahariya Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Herr Remmo

Migrationsrat

Frau Adilovic-Berends

Herr Düger

Herr Gügen

Herr Koyun

Herr Mazaca

Herr Ntarantanis

Herr Tas

Frau Xavier

Herr Sever

Von der Verwaltung

Herr Voßhans, Amt für Planung und Finanzen JSW

Herr Markus, Amt für Planung und Finanzen JSW

Frau Wemmhöner, Amt für Planung und Finanzen JSW

Frau Streubühr, Zentraler Dienst JSW

Frau Sonnenberg, RAA

Frau Grewe, Ausländerbeauftragte

Frau Henke, Interkulturelles Büro

Entschuldigt fehlen

Frau Argyriadou, Vorsitzende

Frau Cascante

Öffentliche Sitzung:

Frau Argyriadou ist verhindert, an der Sitzung teilzunehmen. Die Sitzung wird vom Stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Sever geleitet.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

* Migrationsrat - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache *-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

- Frau Streubühr informiert die Mitglieder über die Auswirkungen der Änderungen des FlüAG zum 01.01.05 in Zuweisungspraxis und Kostenerstattung:

Das Flüchtlingsaufnahmegesetz ist zum 01.01.05 geändert worden. Die Änderungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Zuweisung von ausländischen Flüchtlingen (§ 3 FlüAG) und die Kostenerstattung (§ 4 FlüAG).

Im Zuge der Gesetzesnovelle ist § 3 Abs. 6 FlüAG. ersatzlos gestrichen worden. Durch diese Regelung ist in der Vergangenheit die besondere Belastung für die Kommunen ausgeglichen worden, die wie Bielefeld Standort einer Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) sind. Die 200 Unterkunftsplätze der ZAB in Bielefeld wurden bei der Berechnung der Aufnahmequote mit dem dreifachen Satz angerechnet. Der Wegfall des sogenannten ZAB-Bonus hat zur Folge, dass sich Bielefeld mit Beginn des Jahres 2005 erstmals seit längerer Zeit wieder in der Aufnahmeverpflichtung für ausländische Flüchtlinge befindet, und zwar derzeit (Nov.) mit 70 Personen.

Grundlegend geändert hat sich auch die Kostenerstattung. Bis zum 31.12.04 hat das Land für jeden ausländischen Flüchtling im Sinne von § 2 FlüAG für die Dauer der Anrechnung eine Vierteljahrespauschale von 990 € und 46 € für den besonderen Betreuungsaufwand gewährt. Nunmehr wird für die Aufnahme und Unterbringung eine Pauschale gezahlt, die sich nach einem Finanzschlüssel errechnet. Der Finanzschlüssel ergibt sich im Wesentlichen zu 90 % aus der Einwohnerzahl der Gemeinde im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Landes (Einwohnerschlüssel) und zu 10 % aus der Fläche der jeweiligen Gemeinde im Verhältnis zur Gesamtfläche des Landes (Flächenschlüssel). Von der Zuweisung entfallen 4,5 % auf die soziale Betreuung. Die Landeserstattung beträgt im Jahr 2005 insgesamt 120 Mio. €, im Jahr 2006 aufgrund zurück gehender Flüchtlingszahlen 84 Mio. €

Der Anrechnungszeitraum für jüdische Kontingentflüchtlinge in § 3 Abs. 4 FlüAG ist in Anlehnung an die für diesen Personenkreis geltende Kostenerstattungsregelung (§ 10a Abs. 1 LaufG) von drei auf zwei Jahre verkürzt worden.

Seit dem 01.01.05 sind der Stadt Bielefeld 45 ausländische Flüchtlinge zugewiesen worden. Im Jahr 2004 waren es 96 Personen. Die Neufassung des FlüAG hat damit trotz der bestehenden Aufnahmeverpflichtung nicht zu der zunächst vermuteten drastischen Erhöhung der Zuweisungszahlen geführt. Ursächlich hierfür ist wohl die insgesamt rückläufige Zahl ausländischer Flüchtlinge.

Die geänderte Kostenerstattungsregelung wird für das Jahr 2005 voraussichtlich eine Mehreinnahme bei der Landeszuweisung von ca. 276.000 € bezogen auf das Vorjahr mit sich bringen.

Eine detaillierte Betrachtung der Auswirkungen des FlüAG soll im 1. Quartal 2006 erfolgen. Es kann dann auf die Erfahrungen aus einem Jahr Praxis zurückgegriffen werden.

- Die Verwaltung teilt mit, dass die geplante Veranstaltung für ausländische Eltern am 14.01.05 stattfinden wird. Frau Grewe appelliert an die Mitglieder, Familien zu motivieren, sich zu beteiligen.

* Migrationsrat - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 2 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 3 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

- -

* Migrationsrat - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 3 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen zwei Anfragen von Frau Adilovic-Berends an die Ausländerbehörde vor (Anlage).

* Migrationsrat - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 4 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 5 Berichte aus den Ausschüssen

- Herr Tas teilt mit, dass der TOP Bildungspolitisches Papier des Migrationsrates von der Tagesordnung des JHA abgesetzt wurde, da ein Beschluss des Migrationsrates noch ausstehe.
- Herr Düger berichtet aus der Sitzung des Schul- und Sportausschusses. Bei der Vorstellung des bildungspolitischen Papiers habe Herr Tsapos kritisiert, dass der Migrationsrat keinen endgültigen Beschluss gefasst habe. Deswegen könne sich der Ausschuss damit nicht befassen.

* Migrationsrat - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 5 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 6

Beschlussvorschlag zum Bericht der Verwaltung über das bildungspolitische Papier des Migrationsrates (Sitzung am 23.11.2005)

Herr Sever weist darauf hin, dass in der Sitzung des Migrationsrates am 23.11.2005 die Stellungnahmen der Verwaltung zu den einzelnen Forderungen des Bildungspolitischen Papiers vorgestellt wurden. Die vorgetragene Empfehlung des Vorstandes für einen Beschluss konnte nicht verabschiedet werden, da den Mitgliedern diese vorher nicht schriftlich vorlag. Heute läge dieser allen vor. Er wurde den Mitgliedern vor der Sitzung übersandt. Änderungsvorschläge zu dem Entwurf des Vorstandes habe es nicht gegeben, so dass er die Mitglieder bittet, über den Vorschlag abzustimmen.

Ferner habe er folgende Anmerkungen:

Die Thematisierung der Schulgrenzen im bildungspolitischen Papier des Migrationsrates habe keinen Zusammenhang mit der momentanen Diskussion zur Änderung/ Aufhebung der Schulgrenzen auf Landesebene. Intention des Migrationsrates sei die Vermeidung von Konzentrationen von Migrantenkinder auf bestimmte Schulen. Deswegen fordere das Gremium eine

- regelmäßige problembezogene Schulentwicklungsplanung sowie
- integrationsbezogene Zielvereinbarungen mit der jeweiligen Schule im Stadtteil und
- eine Verzahnung der Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung im Stadtteil.

Er hoffe sehr, dass die Fachgremien diese Intention zur Kenntnis nehmen.

Beschluss:

Der Migrationsrat begrüßt die Stellungnahmen der Verwaltung zu den bildungspolitischen Forderungen des Migrationsrates.

Er bittet den Jugendhilfeausschuss und den Schul- und Sportausschuss um eine nachdrückliche Unterstützung.

Der Migrationsrat hält wegen der besonderen Bedeutung der schulischen Bildung von Migrantenkinder und -jugendlichen nach wie vor die Behandlung und Verabschiedung des bildungspolitischen Papiers im Rat der Stadt für unabdingbar.

(s. Beschluss des Migrationsrates vom 25.05.2005 zum bildungspolitischen Papier).

Daher empfiehlt der Migrationsrat den Fachausschüssen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Schul- und Sportausschuss/ Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung, eine Beschlussvorlage für den Rat zu erarbeiten, die die folgenden Komponenten umfasst:

1. Benennung der Maßnahmen, die
 - umgesetzt werden
 - nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Bielefeld fallen
 - nicht umsetzbar sind
2. Konkreter Zeitplan für die Umsetzung
3. Benennung von Verantwortlichen und zuständigen Verwaltungseinheiten für die Umsetzung der Maßnahmen
4. Jährliche Berichtspflicht über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen und die erzielten Ergebnisse. Der Bericht soll die politischen Gremien auch über Fortschritte und Defizite in der Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Bielefeld informieren.

5. Die Federführung und Koordinierung sowie die Begleitung der umzusetzenden Maßnahmen übernimmt die RAA.

-einstimmig-

* Migrationsrat - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 6 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 7 Tagesbetreuung von Kindern unter 3 Jahren

Herr Voßhans erläutert die Informationsvorlage der Verwaltung mit der Drucksachen-Nr. 1752 zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren: Das Angebot an Tagesbetreuung für unter Dreijährige soll vorbehaltlich der Finanzierbarkeit im Rahmen eines Stufenplanes bis 2010 ausgebaut werden. Dabei ist eine Zielquote von 20 % bezogen auf Kinder im Alter von vier Monaten bis unter drei Jahren anzustreben. Konkret bedeutet das, dass bis 2010 nach jetzigem Kenntnisstand über das bereits bestehende Angebot hinaus für Kinder unter drei Jahren circa 670 zusätzliche Tagesbetreuungsplätze zu schaffen sind. In diesem Zusammenhang geht er auf die Fragen der Mitglieder ein.

Beschluss:

Der Migrationrat nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung mit der Drucksachen-Nr.1752 zur Kenntnis.

-einstimmig -

* Migrationsrat - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 8 Haushaltsplan 2006 für das Dezernat 5

Frau Wehmhohner erläutert allgemein die Eckdaten des Haushaltsplans 2006 und weist auf den Haushaltskonsolidierungsprozess bei der Stadt Bielefeld hin. Es herrsche nach wie vor Nothaushaltsrecht. Ein ausgeglichener Haushalt sei für das Jahr 2010 vorgesehen. Anschließend beantwortet sie die Anfragen der Mitglieder.

Herr Tas und Herr Düger appellieren an die Verwaltung, die Anträge der Träger mit migrationspezifischen Schwerpunkten dem Migrationsrat rechtzeitig zur Beratung vorzulegen. Denn sie vermissen die rechtzeitige Beteiligung des Migrationrates. Dieser Beanstandung schliesst sich auch Frau Adilovic-Berends an. Herr Voßhans erklärt, dass er das Unbehagen der Mitglieder nachvollziehen könne. Aber der Migrationsrat habe die Möglichkeit, unabhängig von den Haushaltsberatungen auf die Gestaltung der Leistungsverträge Einfluss zu nehmen.

In verschiedenen Handlungsfeldern würden in Zukunft Angebote mit Schwerpunkten für die jeweiligen Zielgruppen (Kinder und Jugendliche, Senioren, Frauen, Migrantinnen und Migranten), d.h. die Leistungsverträge, erneut verhandelt. Er schlägt vor, der Niederschrift eine tabellarische Übersicht der Leistungsverträge beizufügen (Anlage).

Herr Sever thematisiert die Finanzsituation der Migrantenselbstorganisationen

(MSO). Er halte eine verbindliche Bezuschussung der Leistungen, in Form von Leistungsverträgen, künftig für unabdingbar. Die MSO seien nach wie vor wichtige Treffpunkte und Kommunikationsorte der Menschen mit Migrationshintergrund.

Herr Markus stellt migrantenrelevante Ansätze im Dezernat 5 vor. Es lägen drei neue Anträge vor, in denen eine Haushaltserhöhung beantragt wird. Es seien Anträge des Frauennotrufs, der Ev. Luthergemeinde Hillegossen - Hausaufgabenhilfe- und des Sozialbüros Sieker (Gesellschaft für Sozialarbeit).

Beschluss:

Dem Gesamtbudget des Dezernates 5 und den Haushaltsansätzen lt. Verwaltungsentwurf 2006 im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, dem Investitionsprogramm im Rahmen der Finanzplanung 2005 -2009 und dem Stellenplanentwurf 2006 wird zugestimmt.

Ferner empfiehlt der Migrationsrat dem SGA dem Antrag des Frauennotrufes zu folgen.

- einstimmig -

Der Migrationsrat empfiehlt weiterhin dem JHA dem Antrag der Ev. Luth. KG Hillegossen - Hausaufgabenhilfe zu folgen.

- einstimmig -

Der Migrationsrat empfiehlt dem SGA dem Antrag der GfS - Aussiedlerberatung (Büro Sieker Mitte) zu folgen.

- einstimmig -

* Migrationsrat - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 8 - Drucksache 2009/1761 *

Zu Punkt 9

Beratung des Haushaltsbudgets 2006 einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes für das Interkulturelle Büro

Frau Grewe erläutert das Haushaltsbudget des Interkulturellen Büros und beantwortet Fragen der Mitglieder.

Beschluss:

1. Der Migrationsrat nimmt das Budget 2006 (Vorlage Drucksachen-Nr. 1813) für das Interkulturelle Büro (Produkthaushalt) auf der Grundlage des am 24.11.2005 in den Rat eingebrachten Haushaltsplanentwurfes 2006 zur Kenntnis.

- einstimmig -

* Migrationsrat - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 9 - Drucksache 2009/1813 *

Zu Punkt 10 Beratung des Stellenplanentwurfes 2006 für das Interkulturelle Büro

Frau Grewe gibt bekannt, dass es im Stellenplan des interkulturellen Büros keine Änderungen gegenüber dem Vorjahr gegeben habe.

In Anbetracht der demographischen Entwicklung und der wichtigen Funktion des Interkulturellen Büros als Anlaufstelle für Menschen mit Migrationshintergrund, erkundigen sich Herr Sever und Herr Tas, ob der Stellenplan des Interkulturellen Büros zukünftig durch Stellen erweitert werden könne.

Beschluss:

Der Migrationsrat nimmt dem Stellenplanentwurf 2006 für das Interkulturelle Büro zur Kenntnis.

- einstimmig -

* Migrationsrat - 21.12.2005 - öffentlich - TOP 10 - Drucksache 2009/1814 *

Yasin Sever
Stellv. Vorsitzender

Schriftführer
E.Ali Sag